

telegraph

Aktuelle Blätter der Umwelt-Bibliothek Berlin
Griebenowstrasse 16, Berlin 1058

Nr. 6

Redaktionsschluss 27.10., 24.00 Uhr

BLEIBT AUF DER STRASSE!

bleibt auf der straße.
jedwedes gespräch ist ein austausch von fertigkeiten und schlägen.
der scheinbare versuch ein gerede zu führen zwischen ohnmacht und
machtgeil verkleckert im apparat systematisch. kein obermaier ändert
sich außer aus angst. "seine gedanken sind" stets "von sorge erfüllt"
(wie er nun sagt) aber um nichts als die eigene stellung. also bleibt
auf der straße bis er erkennt was feststand von je her - DER STAAT
SIND WIR ODER WAS. die straße ist die stärke der ohnmacht. jeder
eingriff in den friedlichen umzug ob mit gewalt oder vorgeschobener
diplomatie ist ein eingeständnis der schwäche. also ein anfang. doch
nur endgültig geschwächt ändert sich etwas. alles vorhergehende ist
versuch den oberen teil des gefüges im üblichen zustand zu halten.
das hōrsaalgeschwafel ist mittel herrschsüchtige die weder weiterden-
ken noch wirkung wollen. ihr element ist eine tote sprache. keine
anerkennbare "führungsrolle" eher ein an krankheit grenzender füh-
rungswille sich äußernd in der plötzlichen betonung von "gemein-
samkeiten" vor denen sie sich vorher zu schützen wußten. wir brauchen
keine "gemeinsame kraft um zu lernen". wir brauchen keinen "dialog"
führen mit denen die nie ein Verhältnis hatten zu dem was sie "volk"
oder "abschaum" nennen je nach belieben. wir dürfen nicht
vergessen - DIE HABEN SCHLAGEN LASSEN. die haben besonnenheit nötig.
nicht wir. mit denen darf man nicht reden. die müssen einsehen was
not tut und umsetzen ohne zank.
bleibt auf der straße bis die endgültig das harte begreifen spüren
ohne schummeln zu können.
leipzig, den 16.10.89

johannes jansen

Bekanntmachung

Die Ereignisse der letzten Tage machen es nothwendig, daß der freie Verkehr auf den Straßen nirgends
gehemmt wird. Das Durchziehen der Straßen in Trupps und das Versammeln der Menschen auf den Plätzen
und in den Straßen ist deshalb nicht gestattet.

Wird der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht augenblicklich Folge geleistet oder Widerstand
versucht, so werden die Widerspenstigen gewaltsam auseinandergetrieben oder verhaftet.

Die Hausbesitzer werden wiederholt aufgefordert, ihre Häuser bei einem entstehenden Auflauf sogleich
und überhaupt um 8 Uhr Abends zu schließen.

Berlin, den 16. März 1848
Königliches Gouvernement
v. Pfuell

Königliches Polizei = Präsidium
v. Minutoli

Inhaftierte und Angeklagte

Nach der Ankündigung einer Amnestie auch für die während der Demonstrationen Verhafteten und die dafür Angeklagten, ist zunächst noch nichts klar. Es liegt völlig in der Willkür der Behörde und von bekannt böswilligen Polizeizeugen, wer zum "Gewalttäter" ernannt wird. Außerdem gelten auch die Amnestierten als vorbestraft. Bei früheren Demonstrationen oder wegen sonstiger politischer Delikte in den Vormonaten Inhaftierte und Angeklagte werden vermutlich nicht frei kommen. Ob Verfahren gegen die Verantwortlichen des Polizeiterrors durchgeführt werden, steht in den Sternen. Wahrscheinlich werden unter dem Druck der öffentlichen Meinung einige armselige Untergebene bestraft werden. Auf jeden Fall tun wir gut, den Verlauf dieser Amnestie mit wachen Augen zu beobachten. Zur Kontrolle im Folgenden der aktuelle Stand des Kontakttelefon hinsichtlich Anklagen, Inhaftierungen:

In Leipzig sind noch mindestens 23 Personen in Haft, gegen die nach § 213, 214, 215 und anderen ermittelt wird. Namentlich wird Jens Kuhlow genannt. In Dresden sind 17-26 Personen in Haft. Götz Schlöttke wurde wegen Photographieren während einer Demonstration zu einem Jahr Haft verurteilt. Von den uns bekannten Berliner Inhaftierten wird offenbar noch Olaf Staps in Untersuchungshaft festgehalten. Nach Angaben Olaf Staps gibt es weitere ihm aus der Berliner Szene bekannte Gesichter unter seinen Mitgefangenen in der Keibelstraße. Haftadresse von Olaf Staps: UHA II, Keibelstraße 32, Berlin 1020. Bereits zu 1 Jahr, 4 Monaten verurteilt ist Thomas Rentschel wegen Druck eines Aufrufs zum Wahlboykott. Weiterhin ungeklärt ist das Schicksal von Angehörigen der Bereitschaftspolizei, die sich weigerten, auf Demonstranten einzuschlagen, zum Beispiel in Berlin und Leipzig. Daß mindestens eine Hundertschaft verurteilt worden wäre, wurde zunächst bei einer LDPD-Veranstaltung bestätigt, dann von der LDPD dementiert.

Hinsichtlich der Verfahren gegen freigelassene Berliner ist unser Kenntnisstand der folgende: Donnerstag früh war Urteilsverkündung gegen Jörg Hoffmann wegen 215 (?). Das Gericht entschied auf Freispruch, Kosten soll auf Staatskasse gehen. Es stand in Frage, ob die Staatsanwaltschaft Protest einlegt. Ebenfalls am Donnerstag war die Verhandlung gegen Susanne Boeden. Am 30.10 soll Urteilsverkündung sein. Die Staatsanwaltschaft beantragte Freilassung nach § 25, der Rechtsanwalt Freispruch.

Niedergeschlagen wurde das Verfahren gegen Lutz Rentzel (22.10. § 25) und das gegen Mathias Miegel am 19. 10., das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt. Das Ordnungsstrafverfahren gegen Uta Kielstein von 300 Mark wurde am 23.10 eingestellt, Erkennungsdienstliche Unterlagen wurden vor ihren Augen zerrissen. Verurteilt wurde, wir wollen das erwähnen, Hans Konrad Walter. In betrunkenem Zustand hat er die Polizei beschimpft. Er erhielt am 19.10. 1 Jahr Bewährung, Strafandrohung 6 Monate und 600 M Geldstrafe nach § 137 und 139, sicher eine unangemessen hohe Strafe, zumal die Vertrauenswürdigkeit von Polizeizeugen nach allen Erfahrungen gering sind. Ein weiterer ähnlicher Fall ist der von Stefan Bamberg, 19 Jahre alt und aus Borgsdorf 1404. Er hat in der Nacht vom 5.10. nach einer Brigadefeier eine Fahne heruntergerissen und Polizisten beschimpft. Er sitzt unter Anklage von §220 in U-Haft in Oranienburg.

Folgende Verfahren stehen nach unserer Kenntnis noch an:

Gegen Ines Bonk am 18.10. (ein beschleunigtes Verfahren wurde abgelehnt). Sie hat am 31.10 ein Gespräch bei der Staatsanwaltschaft. Gegen Janett Philipp ist am 18. 10. ebenfalls ein Schnellverfahren abgelehnt worden. Weiteres ist hier nicht bekannt. Ulf Weigand hat am 27.10. Verhandlung, Holger Gross hat am 1.11. 8.30 in der Littenstraße, Saal 115 Verhandlung. Die Termine gegen die im Zusammenhang mit der "China ist nicht fern"- Demonstration Angeklagten: Gegen Henryk Schulze wird am 31. 8.30 wegen § 217 2 verhandelt, getrennt von seinen "Mittätern". Er soll als Rädelführer behandelt werden. Gegen Torsten Röder und Jörg Jacobi soll am gleichen Tag um 9.30 Uhr in Pankow verhandelt werden.

Insgesamt sind 69 Geldstrafen bekannt, 23 davon 1.000 bis 3.000 Mark (einer davon hat 2000 Mark bezahlt), 2 mal 20 Mark Ordnungsgeld. Der Rest liegt zwischen 100 und 500 Mark. In einem Fall, bei Elisabeth Osterberg gibt es für eine Geldstrafe per Strafbefehl eine Verhandlung am 30.10. um 10 Uhr in der Littenstraße.

8 Ermittlungsverfahren laufen noch und sind nicht eingestellt. 12 Haftstrafbefehle von 3 bis 6 Monate laufen. Es wurde Einspruch erhoben, ein Termin ist noch nicht bekannt. Gegen 9 Leute wurden Geldstrafen angedroht, hier gibt es aber noch keine Rückmeldung.

Montag - Aktions- und Demonstrationstag

Demonstrationen und Aktionen am 23. Oktober in der DDR

In Leipzig gab es am Montag Andachten in 6 Kirchen, darunter erstmals auch in einer katholischen Kirche. 200.000 bis 250.000 Demonstranten zogen mit Sprechchören und Transparenten wie "Jetzt wollen wir Taten sehen" und "Egon krenzt das Neue Forum aus" durch die Straßen. Mitglieder des Neuen Forum

und Passanten beschützten mit einer "Sicherheitskette" das Stasi-Gebäude, an dem Kerzen aufgestellt waren. Die Polizei war nicht präsent, nur zwei Feuerwehrleute bewachten die Kerzen.

Über Dresden ist nur bekannt, daß 10.000 Menschen demonstrierten.

In Berlin zog nach der Informationsandacht im Rahmen eines Aktionstages für die Inhaftierten und Angeklagten eine zuletzt auf etwa 5.000 Demonstranten angewachsene Menge von der Gethsemanekirche ins Zentrum. Im Sprechchor gab es Rufe wie "Stasi in die Produktion" und "Alle Macht dem Volke und nicht dem Egon Krenz". Die Demonstration zog bis an die Treppenstufen des Staatsrates. Dort wurde ein Offener Brief über Megaphon verlesen. Nach einer kurzen Diskussion konnte eine Delegation der Menge den Offenen Brief an einen Dienstleiter des Staatsrates übergeben. In dem Papier wurden die Volksvertreter aufgefordert, ein deutliches Zeichen zu setzen, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich nicht an den Fraktionszwang zu halten. Es solle eine Alternative zu Egon Krenz aufgestellt und in geheimer Wahl darüber entschieden werden. In dem Brief einer katholischen Gemeinde, zuvor in der Gethsemanekirche mit großem Beifall aufgenommen, wurden Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht sowie die Zulassung neuer Parteien und Organisationen gefordert. Es gab von Seiten Verantwortlicher die Zusicherung, den Brief am Dienstag der Volkskammersitzung vorzulegen.

In Schwerin hatte das Neue Forum für 17.00 Uhr zu einer Demonstration im Alten Garten aufgerufen und diese bei der Polizei angemeldet. Die SED rief über Zeitungen, Flugblätter und Litfaßsäulen zu einer Kundgebung des "Demokratischen Blocks" an gleichem Ort und gleicher Stelle auf. 40.000 Teilnehmer der vom Neuen Forum einberufenen Demonstration (nach offiziellen Angaben der Schweriner Zeitungen waren es 40.000) zogen durch die Stadt, während 500 Getreue, die beim "Demokratischen Block" blieben vom DDR-Fernsehen gefilmt wurden und in dessen Berichterstattung breiten Raum einnahmen.

In Halle versammelten sich am Montag um 17 Uhr 15.000 Menschen mit Plakaten auf dem Markt. SED-Leute versuchten vergeblich, mit Diskussionen die Demonstration aufzuhalten. Etwa 7.000 Leute zogen über Boulevard, Hansaring und dann zum Markt zurück, eine zweite Gruppe von etwa 8.000 zog direkt zum SED-Gebäude am Thälmannplatz. Auf Plakaten hieß es beispielsweise "Reformen, Egon Krenz, sonst hast Du keine Fans". In einer Erklärung bedankte sich die Hallenser Mahnwache für die Solidarität der Bürger und forderte unter anderem die Zulassung der Öffentlichkeit bei politischen Verfahren und die Entschädigung der Opfer der Demonstrationen um den 7. Oktober. Der Oberbürgermeister von Halle bot ein Gespräch für Donnerstag, den 26.10., im Kulturhaus "Volkspark" an. In Halle wird es jetzt jeden Montag um 17.00 am Markt eine Demonstration geben.

In Stralsund gab es um 19.30 eine Andacht in der Marienkirche, die um 21.00 wiederholt werden mußte, weil 5.000 kamen. Während der ersten Andacht verlas der stellv. Bürgermeister, Schlegel, einen Dialog-Aufruf, wurde dabei aber wegen des dogmatischen Tons und der altgewohnten Machtgebährde ausgepiffen. Nach der ersten Andacht zog ein Schweigemarsch von 2.000 über den Leninplatz und das Rathaus zurück zum Boulevard. Am Tage hatte es Rathausgespräche gegeben. 500 Leute waren da. Der Inhalt wird von Zuhörern als "Schnee von gestern" bezeichnet. Es wurde aneinander vorbei geredet. Auf brisante Fragen gab es keine Antworten.

in der uckermärkischen Kleinstadt Templin kam es nach einem Friedensgebet in einer ev.Kirche zu einer Demonstration von 600 Menschen durch die Stadt. Vor dem Gebäude der Polizei, der Staatssicherheit und dem Gericht wurden Kerzen aufgestellt. Die Polizei hielt sich zurück und regelte den Verkehr.

In Zwickau kamen 2.000 zur montäglichen Fürbittenandacht. Dabei gab es nach einer Fürbitte für die Inhaftierten eine Podiumsdiskussion mit dem Bezirksvorstand der CDU Karl-Marx-Stadt, dem Neuen Forum und einer Gruppe konziliarer Prozeß und Ökumene von Methodisten und Katholiken. Danach gab es die erste unabhängige Zwickauer Demonstration. Ca. 1.500 Menschen gingen mit Kerzen schweigend durch die Innenstadt.

In Magdeburg gab es am Montag eine Demonstration von 30.000 Menschen mit Plakaten wie "Demokratisierung", "ziviler Ersatzdienst", "Neues Forum". Demonstrationen soll es auch in Eisenach gegeben haben. In Dresden nahmen 10.000 Menschen an einer Demonstration teil.

An den Präsidenten der Volkskammer
Herrn Horst Sindermann

Berlin, den 20.10.89

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mitglieder der katholischen Kirchengemeinden von St. Maria Magdalena Berlin-Hohenschönhausen und St. Georg Berlin-Pankow fordern aus Sorge um den inneren Frieden in der DDR:

- die Auflösung der Einheit von Partei und Staat;
- die Abschaffung des Blocks der Nationalen Front;

- die Zulassung neuer Parteien und Organisationen und Vereinigungen;
 - Die Durchführung freier und geheimer Wahlen unter Kontrolle der UNO;
 - die volle Demokratie und Meinungsfreiheit und in diesem Zusammenhang die vorbehaltlose Durchsetzung der in der Verfassung der DDR enthaltenen Rechte der Bürger, insbesondere:
 - * Artikel 21 - Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht,
 - * Artikel 25 - Gleiches Recht aller Bürger auf Bildung,
 - * Artikel 27 - Recht auf Meinungsfreiheit,
 - * Artikel 28 - Versammlungsfreiheit,
 - * Artikel 29 - Recht auf Vereinigung;
 - die sofortige und strikte Durchsetzung aller Beschlüsse von Helsinki;
 - die Schaffung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit und als wirkungsvolle Kontrolle der Exekutive die Schaffung eines Verfassungsgerichtes und die Erweiterung der Verwaltungsgerichtsbarkeit;
 - die Aufhebung des derzeitigen Bildungsmonopols, die Anerkennung des Erziehungsrechts der Eltern und die Zulassung christlicher Schulen;
 - die Abschaffung des politischen und gesellschaftlichen Drucks in Zusammenhang mit
 - * der Jugendweihe,
 - * der Teilnahme an marxistisch leninistischer Schulung,
 - * der Ausübung des Wehrdienstes,
 - * der Mitgliedschaft zu Parteien und Massenorganisationen;
 - die Schaffung eines zivilen Wehersatzdienstes;
- Die Unterzeichner dieses Briefes sind sich darüber einig, daß die Verwirklichung ihrer Forderung geeignet ist, die gegenwärtig bestehenden
- * Probleme zu meistern,
 - * mit neuen Problemen sachgerecht umzugehen,
 - * den äußeren und inneren Frieden in Mitteleuropa dauerhaft zu sichern
 - * das Ansehen der DDR in der Weltöffentlichkeit zu stärken.

(Diesem Brief sind 15 Listen mit insgesamt 318 Unterschriften beigelegt)

Pressekonferenz zu den Polizeiübergriffen

Am Montag fand in den Räumen des Berliner Konsistoriums der Ev. Kirche eine Pressekonferenz zum Polizeiterror während der Demonstrationen um den 7. Oktober statt. Erlebnisberichte von während dieser Tage festgenommener waren gesammelt und gedruckt worden. Stadtjugendpfarrer Hülsemann begründete die Notwendigkeit dieser Erlebnisberichte: "daß der gravierende Mißbrauch staatlicher Macht und die schrecklichen Erlebnisse der Betroffenen nur angemessen bearbeitet werden können, wenn sie rückhaltlos offengelegt werden." Offen sei, hieß es, ob es bei dem Vorgehen der Sicherheitsorgane Tote gegeben hätte, eine alte Frau und einen jungen Mann, die schwere Verletzungen erlitten hätten und deren Verbleib bisher ungeklärt sei. Der Vertreter der Initiative Frieden und Menschenrechte betonte: "Das waren keine Übergriffe von Einzelnen, das hatte Methode, das war angeordnet von oben!" Reinhardt Schult, einer der Sprecher des Neuen Forum, forderte über die Wiedergutmachung hinaus politische Konsequenzen, schon am nächsten Tag in der Volkskammersitzung, nämlich einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Ergebnisse der Kommunalwahlen und einen Untersuchungsausschuß und eine Untersuchungskommission zur Untersuchung der Übergriffe bei den Demonstrationen um den 7. Oktober. Der anwesende Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, Klaus Voß führte aus, daß die bereits früher gegebene Zusicherung, daß alle Sachverhalte, Anzeigen und Eingaben unvereinigenommen geprüft würden. Das vorgelegte Material werde in die Untersuchungen miteinbezogen. In einer späteren Stellungnahme in der Aktuellen Kamera bestätigte Voß seine Ausführungen.

Zu der Pressekonferenz von Reformgruppen, des Kontakttelefons und des Stadtjugendpfarramtes wurde der "telegraph" nicht eingeladen. Wir protestieren gegen diese Art von Bevorzugung der offiziell existierenden Medien.

Erklärungen des Neuen Forum

Privilegien

Wir hören Klagen, erhalten Beschwerdebriefe. Über ungleiche Verteilung von Gütern und Dienstleistungen: Reisen, Import-Kfz's, Hotelbetten, Luxuselektronik bis hin zum Dosenbier.

Hierzu ein Wort:

Es kann nicht um Neid und Verpetzen gehen! Vielmehr zeigen die Klagen, wie tief das Gefühl für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung in unserer Bevölkerung ist.

Wir müssen uns klarmachen, daß das Umverteilen keine Gerechtigkeit herstellen kann. Fünfhundert Krankenhausbetten, zehntausend Bierdosen kann man nicht so verteilen, daß jeder etwas abbekommt. Auch zwanzigtausend Volkswagen werden mehr Zukurzgekommene als Zufriedene erzeugen. Es geht nicht um Konsumspritzen, sondern um gerechte Verteilung unseres Reichtums und unseres Mangels.

Regierungsdienstwagen der Marke "Wartburg", nicht Import-Limousinen können die Glaubwürdigkeit unserer Führung erhöhen.

Die Abschaffung von Privilegien ist ein moralisches, kein Umverteilungsproblem!

NEUES FORUM, 23.10.1989

Aufruf zur Volkskammersitzung am 24. Oktober 1989

Wir fordern die Abgeordneten der Volkskammer auf, sich der Bedeutung ihrer Stimmabgabe für die Erneuerung der politischen Kultur unseres Landes bewußt zu sein und aus der unwürdigen Rolle einer Zustimmungsmaschine herauszutreten.

Nur eine verantwortungsbewußt beratende Volkskammer kann auch den gesellschaftlichen Dialog verantwortllich führen.

Können die Abgeordneten es mit ihrem Wählerauftrag vereinbaren, den Abgeordneten Egon Krenz in die Funktion des Staatsoberhauptes zu wählen? Der Abgeordnete Krenz war Vorsitzender der Wahlkommission, die die Manipulation des Wahlergebnisses vom 7.5.1989 verantwortet. Er war in seiner bisherigen Funktion als Sekretär des ZK für die Einsatzweise der polizeilichen und anderen Sicherheitskräfte verantwortllich.

Wir fordern die Abgeordneten der Volkskammer auf:

- einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der veröffentlichten Ergebnisse der Kommunalwahlen zu bilden,
- einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung und Ahndung von Übergriffen am 6.10.-9.10.89 einzusetzen.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit halten wir die Konzentration von hohen Partei- und Staatsfunktionen in einer Hand grundsätzlich für bedenklich.

NEUES FORUM, 23.10.1989

Zur Medienreform

Die neue Führung hat eine große Wende ausgerufen und unternimmt Anstrengungen, dafür Glaubwürdigkeit zu erwerben. Wir begrüßen diesen Wechsel.

Es bleiben kritische Fragen. Auch sie müssen beantwortet werden, wenn wir Vertrauen in die Wende gewinnen sollen.

Die erste Frage: Glasnost oder Knopfdruck? Innerhalb von 24 Stunden? Wie viele Wetterfahnen sind da umgeschwenkt? Wie konnten so viele im Apparat, in der Regierung, in der Volkskammer, in den "bewährten Formen und Foren" so lange sprachlos sein und wie durch eine Wunderheilung die flüssige Rede wiederfinden?

Wer garantiert, daß nicht mit dem nächsten Knopfdruck dieser Schweigechor erneut einsetzt?

Welche Kontrolleinrichtungen sind notwendig, um das in Zukunft zu verhindern?

Hier sind Antwortvorschläge:

Schafft ein, zwei, drei, ... viele neue Foren, in denen Bürger Fragen stellen und Verantwortliche Antwort stehen können, ebenso aber auch Regierende die Probleme darlegen und die Bürger Lösungen diskutieren und auswerten können. Erkennt das NEUE FORUM an! Verlangt von ihm, daß es seinen Status an die Verfassung anbindet, aber gibt ihm das Recht, sich über brennende Probleme zu äußern. Daß es mit Eingaben die Volkskammerausschüsse aufwecken kann, wenn diese wieder einschlafen. Daß es die Parteiführer einladen kann, wenn sich in deren Verantwortungsbereich Hindernisse auftürmen. Daß es in den Medien Fragen stellen und Anhörungen organisieren kann und eine eigene Zeitung herausgeben kann.

Das Neue Forum will kein Meckerklub werden, sondern die Arbeit der Verantwortlichen in Partei und Regierung kontrollieren kontrollieren und qualifizieren helfen!

Neues Forum, 23.10.1989

Volkskammer wählte Krenz

Der Generalsekretär der SED wurde am 24. Oktober von der Volkskammer nach dem Vorschlag der SED trotz

zahlreicher Proteste aus der Bevölkerung auch zum Staatsratsvorsitzenden der DDR und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates gewählt. Krenz hat damit alle Ämter seines Vorgängers Honecker übernommen. Bei der Wahl zum Staatsratsvorsitzenden gab es 26 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen. 8 Abgeordnete stimmten gegen die Wahl von Krenz zum Chef des Verteidigungsrates, 17 enthielten sich der Stimme. Die Gegenstimmen setzen sich, dem Vernehmen nach, aus Mitgliedern der LDPD und CDU und einem Mitglied der SED zusammen. Krenz bekräftigte in einer Rede vor den Abgeordneten den neuen Dialogkurs der SED, die jedoch ihren in der Verfassung festgeschriebenen Führungsanspruch nicht aufgeben werde. Zugleich warnte er davor, daß eine Konfrontation die in Gang gesetzte Entwicklung gefährden könne. Auch friedlich angelegte Demonstrationen trügen die Gefahr von Gewalt in sich. Krenz appellierte an Ausreisewillige, in der DDR zu bleiben, wo sie gebraucht würden. Krenz kündigte auch eine Stärkung der Position der Volkskammer an und mehr Demokratie für die Blockparteien.

Nach einer Rahmenvorgabe von Krenz verabschiedete der Ministerrat am Abend eine Erklärung. Zu den Polizeieinsätzen heißt es, die Sicherheitsorgane hätten stets den Befehl gehabt, äußerste Zurückhaltung zu üben und alle Maßnahmen für einen friedlichen Ausgang der Demonstrationen zu unternehmen. Vorbereitet und gegeben habe diesen Befehl der jetzt gewählte Staatsratsvorsitzende Krenz. Von einem aktiven Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel sei nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten die Rede gewesen. Schußwaffengebrauch war grundsätzlich verboten. In Dresden, Leipzig und Berlin sei es am 7. und 8. Oktober aber eindeutig zu Ausschreitungen gegen die staatliche Sicherheit und Ordnung gekommen und das Zusammenleben der Bürger gefährdet worden. Die Bilanz - 106 Verletzte unter den Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, 46 bei den Demonstranten. Die Berliner Demonstration habe mit dem Ruf "Auf zum Brandenburger Tor" begonnen, was als Aufruf zum bewaffneten Grenzdurchbruch gewertet werden mußte. Leider seien aber auch Unbeteiligte zu Schaden gekommen. Gegenüber "Zugeführten" kam es zu Überschreitungen, zu nichtrechtmäßigen Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Mit den betroffenen Bürgern seien persönliche Gespräche geführt worden. 83 Anzeigen und Mitteilungen würden gegenwärtig überprüft, 4 Ermittlungsverfahren seien eingeleitet worden. Vor dem Gesetz, wurde versichert, seien alle gleich.

Berliner Demonstration gegen die Wahl von Egon Krenz am 24. Oktober

Nach der Wahl von Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und Chef des Nationalen Verteidigungsrates wurde er beim Verlassen des Staatsratsgebäudes von etwa 150 herzueilenden Leuten umringt. Diesen seinen wenigen treuen Anhänger, von denen die Hälfte allerdings aus Touristen und Pressefotographen bestanden, winkte Egon Krenz leutseelig und hielt eine etwa 10-minütige Rede.

Mit Flugblättern war die Bevölkerung zu einer Demonstration für 17.00 am Alexanderplatz eingeladen worden. Krenz, der Hauptverantwortliche für den Wahlbetrug und die Ausschreitungen der Sicherheitskräfte, hieß es, dürfe nicht zum absoluten Machthaber des Landes gemacht werden. Die Demonstration wurde dann zur bisher größten Berliner Straßendemonstration seit dem 17. Juni 1953. Nach Schätzungen aus den Gruppen waren es 10-20.000 Personen, nach offiziellen Angaben "bis zu 12.000". Nachdem Polizisten und Stasi-Leute vergeblich in Diskussionen von einer Demonstration abgeraten hatten bildete sich der Kern unterhalb des Fernsehturms. Eine wachsende Menschenmenge zog am Palast vorbei, der von der Staatssicherheit abgesperrt war, über Marx-Engels-Platz zum Eingang der Volkskammer, dann wieder zurück zum ADN-Gebäude, zum Berliner Verlag und zurück zum Alexanderplatz. Voran wurde eine rote Fahne getragen. Sprechchöre entstanden spontan aus der Menge: "Volkskammer, welch ein Jammer!", "ADN, hör auf zu penn!" "Pressefreiheit!", "Junge Welt - Lügenblatt, "In Dörfern und Städten alle Macht den Räten" "Egon Krenz, wir sind die Konkurrenz!" "Egon, wer hat uns gefragt?" "Freie Wahlen!", "Stasi in die Produktion!", "Neues Forum zulassen!", "Schnitzler in die Muppet-Show!", "Visafrei bis nach Schanghai!", "Volksentscheid!", "Untersuchungskommission!", "Baut ein neues Altersheim und steckt das ZK hinein!", "Milke in den Ruhestand!", "Pressefreiheit!", "Bürger, laßt das Glotzen sein, kommt herunter, reiht euch ein!", Zu Uniformierten: "Zieht Euch um und reiht Euch ein!", usw..

Die Internationale wurde gesungen. Polizei regelte den Verkehr, Stasi hielt sich zurück. Die Demonstration verlief völlig friedlich. Drohende Äußerungen gegenüber Sicherheitskräften, über die sich am nächsten Tag der Polizeipräsident beklagte, gab es nicht. Sollte es am Rande doch solche Äußerungen gegeben haben, sind sie vereinzelt und nicht charakteristisch.

Durch einen neuen Zustrom fand die Demonstration von der Weltzeituhr eine Fortsetzung über die Rathauspassagen. Der Zug vereinigte sich mit einem anderem Zug aus Richtung Palast (mehr als 1.000) auf der Spandauer Straße. Gemeinsam zogen die Demonstranten zur Volkskammer. Nachdem der Demonstrationzug noch einmal zur zur Gethsemanekirche gezogen war, kehrte er, auf das Gerücht, daß ein

Verantwortlicher sich den Anfragen der Demonstranten stellen wolle, noch einmal zur Volkskammer zurück, konnte aber wegen einer Polizeiabspernung sein Ziel nicht erreichen und löste sich dort auf. Einen Zug dieser Demonstration in Richtung Brandenburger Tor, wie vom Polizeipräsidenten unterstellt, hat es nicht gegeben. Berichtet wurde uns von einer kleinen Ansammlung einer völlig anderen Gruppe vor dem Brandenburger Tor, die durch die Polizei sehr schnell aufgelöst wurde.

Teile und Herrsche!

Diese alte Taktik von Machthabern aller Zeiten versuchte am Mittwoch auch das Polizeipräsidium Berlin. Polizeipräsident Friedhelm Rausch führte Journalisten Videos von der Demonstration von der Berliner Demonstration gegen die Wahl von Egon Krenz am Dienstag vor. Zwischen 17 und 23 Uhr seien bis zu 12.000 Menschen auf der Straße gewesen. Ein harter Kern von Demonstranten habe die Ruhestörung gesucht und jeden Dialog abgelehnt. Sie hätten offenbar getestet, wie weit sie das öffentliche Leben in die Hand bekommen. Im Stadtzentrum sei der Verkehr völlig blockiert gewesen. Die Polizei habe äußerste Zurückhaltung geübt.

Rausch versuchte die Demonstration in einen "guten" und einen "bösen" Teil zu trennen. Ab 18.45 Uhr hätten sich friedliche Demonstranten in der Nähe des Alexanderplatzes aus dem Zug gelöst. Von den noch verbleibenden Demonstranten seien im Laufe der weiteren Ereignisse Soldaten angespuckt worden und ihnen "Aufhängen" angedroht worden.

Nach diesen offensichtlichen Lügen drohte Rausch an, daß künftig nicht genehmigte Demonstrationen, die den Straßenverkehr in diesem Ausmaß behinderten, verhindert werden.

Gespräch Krenz-Mischnick

Nach einem Gespräch zwischen dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick und Staatschef Krenz fand eine Pressekonferenz statt, bei der relativ umfangreich auf innenpolitische Fragen eingegangen wurde. Sichtbar wurde das schöne Zusammenspiel zweier Herrschender. Krenz meinte, daß er sich in der Lage fühle aus einem schlechten ein gutes Blatt zu machen. Mit Mischnick stimmte Krenz in der Bewertung vieler Fragen überein, auch in der Bedeutung guter Beziehungen zwischen den deutschen Staaten für die europäische Stabilität. Reiserleitungen: Jeder Bürger werde einen Paß und ein Visum "erwerben" können und Mischnick deutete an, daß über die Finanzierung solcher Besuchsreisen nachgedacht und geredet werde. "Die Mauer hat einen ganz anderen Sinn, als sie jetzt hineinlegen. Wichtig ist, daß die Bürger die Möglichkeit erhalten, auf gesetzlicher Grundlage mit Reisepaß und Visum zu reisen." Auf die Frage, ob auch die neuen oppositionellen Gruppen in die Dialogbereitschaft der DDR-Führung einbezogen seien, antwortete Krenz: "Lassen sie doch einmal den Begriff 'oppositionell' weg. Sagen wir, es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik Bürger, die sich Gedanken machen, wie es in diesem Lande vorwärts geht. Und jeder Gedanke ist gefragt und Gedankenaustausch darüber ist niemand ausgegrenzt." Krenz pries das Bündnis mit den Blockparteien und versprach erneut, die sozialistische Demokratie stärker und attraktiver zu machen. Bei den 1991 anstehenden Wahlen werde man Erfahrungen der letzten Jahre und neue Vorschläge berücksichtigen. Die Frage nach den Gegenstimmen bei seiner Wahl in der Volkskammer beantwortete Krenz: "Ich bin sehr glücklich über diese Gegenstimmen. Das verpflichtet mich, mehr zu tun, daß ich diese Leute gewinne. Ich hoffe, daß die nächste Volkskammertagung in dieser Frage schon etwas anders entscheidet oder wir müssen uns daran gewöhnen, daß Einheitlichkeit im Ziel nicht immer Einheitlichkeit in der Stimme bedeutet."

Der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, betonte die eigenständigere Rolle seiner Partei gegenüber der SED.

Der neue Wind: Eskalationskurs

Bei einer außerordentlichen Leitungssitzung in Buna unterbreitete ein Vertreter der SED-Bezirksleitung Halle Auszüge aus einem Fernschreiben von Egon Krenz.

Die Situation im Lande spitze sich zu. Es würden Eskalationen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften erwartet. Die Demonstrationen nähmen einen immer aggressiveren Charakter an. Reaktionäre versuchten jetzt das Zentrum des Aufbegehrens in das "rote Herz der Arbeiterbewegung", nach Halle zu tragen. Von Seiten des Staates sei am Montag dem 30. Oktober eine Demonstration von Kommunisten auf dem Hallmarkt geplant (also genau am Tag und zum Zeitpunkt der üblichen Aktionstag-

Demonstration in Halle). Truppenteile der Kampfgruppe sollen in Zivil teilnehmen. Die Demo soll den Charakter eines Sternmarsches tragen. Das Motto sei: "Rote Fahnen gegen weiße Kerzen." Der Demonstration solle eine Ansprache eines noch nicht feststehenden SED-Politikers auf dem Hallmarkt folgen.

Vorgetragen wurde dann folgender Maßnahmenkatalog:

1. Die Straßen dürfen "nicht dem Pöbel (Red: wörtlich!) überlassen werden"
2. Großkundgebungen auf dem Hallmarkt
3. Namentliche Meldung der Teilnehmer. Von den Genossen wird Teilnahme verlangt, von den Parteilosen erwartet.

Abschließend führte der Bezirksleitungsvertreter aus, Jugendliche mit Plakat sollten folgendermaßen behandelt werden (Red.: wörtlich): "Der Arbeiter geht hin, haut ihm eine drauf und nimmt das Plakat weg."

Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft Falschmeldung?

Wir hatten in der letzten Nummer den Forderungskatalog der im VEB Geräte- und Reglerwerk "Wilhelm Pieck" gegründeten freien Gewerkschaft "Reform" abgedruckt. Wie inzwischen zu erfahren war, haben die Westmedien den Aufruf am Dienstag veröffentlicht, gekoppelt mit der Information, mehrere hundert Beschäftigte hätten ihren Austritt aus dem FDGB erklärt und eine unabhängige Betriebsgewerkschaft gegründet. Von der DDR-Gewerkschaftszeitung "Tribüne" und ADN wurde letzteres als Falschmeldung zurückgewiesen. Unter Berufung auf den Betriebsvorsitzenden der FDGB, hieß es, ein Beschäftigter des Werks sei in der letzten Woche aus dem FDGB ausgetreten und habe zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft aufgerufen. Dieses Ziel habe er jedoch nicht erreicht. Von den mehr als 7.200 im FDGB organisierten Betriebsangehörigen hätten nur 12 die Gewerkschaft verlassen.

Das mag sein, aber immerhin bleibt festzustellen, daß 12 Arbeiter den FDGB verlassen haben und daß eine unabhängige Gewerkschaft den Anspruch stellt, die Arbeiter besser zu vertreten als der FDGB. Inzwischen erhalten wir übrigens die Meldung, daß 80% der Belegschaft des Schichtstoffpreßwerks Bernau aus dem FDGB ausgetreten sind und Kontakt zur Gewerkschaft "Reform" suchen. FDGB-Austritte werden auch aus Dresden gemeldet.

Gespräch des Neuen Forum mit Schabowski

Am Donnerstag Morgen fand ein erstes Gespräch zwischen der SED-Führung und einer Oppositionsgruppe statt. Der Parteichef von Ostberlin und Politbüromitglied Günther Schabowski führte eine mehr als zweistündige Unterredung mit zwei Mitgliedern des Neuen Forum, Sebastian Pflugbeil und Jens Reich. Die DDR-Führung hatte bisher das Neue Forum als nicht verfassungsgemäß und überflüssig bezeichnet. Man habe, sagte der Sprecher des Neuen Forum, Jens Reich, die jüngsten Großdemonstrationen erörtert und sei übereingekommen, daß Proteste auch weiterhin stattfinden könnten, vorausgesetzt sie seien friedlicher Natur.

Der Sprecher des Neuen Forum, Jens Reich, äußerte sich gegenüber BBC über das Gespräch folgendermaßen:

"Wir konnten beide, Herr Pflugbeil und ich, die Zielstellung des Neuen Forums darlegen. Wir konnten außerdem unsere Position einer Reihe von Problemen und Klagen darlegen, die wir geäußert haben. Das bezog sich auf Demonstrationen, Gewalttätigkeiten und Zuführungen um den 7. Oktober. Wir konnten unsere Stellung zur Demonstrationskultur beschreiben, auch zum Ausgang der Kommunalwahl." Auf die Frage, warum Schabowsky das Neue Forum eingeladen habe, antwortete Reich: "Das hat er sehr deutlich gesagt. Er möchte eine neue Politik anfangen, indem er sich sehr genau über das ganze Spektrum der politischen Strömungen in seinem Entscheidungsbereich orientiert." Jens Reich meinte, es sei deutlich gewesen, daß Schabowsky das Gespräch mit dem Politbüro abgestimmt habe. Das Gespräch sei sachlich gewesen. Bezüglich der Anerkennung des Neuen Forums meinte Schabowsky, daß dies eine Angelegenheit der staatlichen Stellen sei. Zur Wahl habe Schabowsky lediglich gesagt, daß es Überlegungen gebe, eine Neugestaltung des Wahlmodus zu diskutieren. Hinsichtlich der Demonstrationen forderte Schabowsky, daß diese "in verabredete, kultivierte Formen überführt werden, daß angemeldete Demonstrationen mit genauen Zielstellungen durchgeführt werden müßten. Er hat uns", so Jens Reich weiter, "eine Initiative erläutert, die am Sonntag starten soll - daß es am Sonntag zu offenen Straßendiskussionen mit der politischen Führung in Berlin kommen soll." Es seien dem Neuen Forum in einer ganzen Reihe von Punkten Nachprüfungen zugesagt worden, keine konkreten Zusagen, aber daß weitere Informationen eingeholt werden.

Mit dem Gespräch mit Schabowsky hat das Neue Forum den eigenen, wiederholt geäußerten Grundsätzen

zuwidergehandelt, nach denen die Voraussetzung für ein solches Gespräch die Entlassung der Inhaftierten, die Aufhebung der Anklagen und die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission sei. Aus Kreisen des Kontakttelefons wurde besonders kritisiert, daß keine Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission erfolgt sei.

In einer Stellungnahme der Vereinigten Linken heißt es: "Offenbar sind jetzt auch die Erstunterzeichner des Neuen Forum von der "Dialogitis" befallen. Wir müssen ernsthaft fragen, ob es dem Neuen Forum darum geht, sich als Sprecher der oppositionellen Bewegung auszugeben und durch Plauschreden im Rahmen der alten Strukturen sich einen legalen staatlichen Status zu ergattern. Was wir brauchen, ist ein allumfassender, sich ergänzender Streit, und nicht einen opportunistischen Kniefall vor der Bürokratie, aus was für taktischen Erwägungen auch immer."

Kurz berichtet

Gegen Abhängigkeit des FDGB von der SED hat sich der Gewerkschaftsvorsitzende, Harry Tisch, ausgesprochen. ADN und die Gewerkschaftszeitung "Tribüne" geben Äußerungen wieder, daß er nichts von einer schematischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft, Betriebsleitung und Partei halte. Besser sei es, die Gewerkschaft fände und vertrete konsequent ihre eigene Position zu Fragen der Produktion sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Der Chefideologe der SED, Kurt Hager, hat den ehemaligen Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker öffentlich kritisiert. Hager sagte, es habe Anzeichen eines Personenkults um die Gestalt Honeckers gegeben. Weiter sagte Hager in einer Sendung des Fernsehens der DDR, man habe dazu geneigt, die in der DDR erbrachten Leistungen einzig und allein als das Verdienst Honeckers darzustellen. Er bedaure, so Hager weiter, das Fehlverhalten von Demonstranten wie Polizisten während der Protestaktionen um den 7. Oktober.

Außerordentlich scharfe Vorwürfe erhob die Schriftstellerin Christa Wolf in einem Offenen Brief an die "Junge Welt". Die Autorin verwahrte sich dagegen, daß sie in einer Rezension über das DDR-kritische Buch Rolf Hendrichs von der "Jungen Welt" in Anspruch genommen wurde. Frau Wolf kritisierte, daß der Leser die aus dem Zusammenhang gerissenen Buchzitate nicht kontrollieren könne, weil das Buch nicht in der DDR erschienen sei. Zudem sei die Gelegenheit benutzt worden, zusammen mit dem Autor auch das Neue Forum abzuwerten. Sie selbst werde in der Besprechung scheinheilig oder drohend gefragt, ob es ihr gefalle, daß sich der Autor auf sie berufe. Sie habe jedoch ganz andere Inanspruchnahme erlebt und überstanden, schrieb Frau Wolf und attackierte den Ton der Demagogie in der Rezension. Die FDJ-Zeitung wisse nicht, wovon sie eigentlich spreche. Anstelle einer Polemik gegen einen Autor, der einige Gründe für die Massenabwanderung von DDR-Bürgern benenne, solle das Blatt lieber ehrlich und selbstkritisch den Ursachen der Vertrauenskrise zwischen großen Teilen der Jugend und dem Staat auf den Grund gehen. Dies habe sie jedoch bis heute nicht in der "Jungen Welt" gefunden.

In Potsdam meldete eine Vorbereitungsgruppe unter anderem von Mitgliedern des Neuen Forum eine Demonstration für Pressefreiheit an. Ein Bescheid soll am 25. Oktober erteilt werden. Jeden Samstag gegen 14 Uhr findet eine Demonstration in der Innenstadt statt. Ebenfalls jeden Samstag gibt es in der Erlöserkirche eine Informationsandacht. Die staatliche Reaktion war, daß ab 1. November jeden Samstag in allen Jugendclubs Diskussionen über gesellschaftliche Probleme stattfinden.

Am 20. Oktober demonstrierten in Karl-Marx-Stadt ca. 6.000 Menschen in der Innenstadt. Auf Plakaten stand "Neues Forum" und "Pressefreiheit". Vor der SED-Bezirksleitung wurden Kerzen aufgestellt. Die Polizei regelte den Verkehr. Wahrscheinlich wird jetzt jeden Freitag in Karl-Marx-Stadt eine Demonstration stattfinden.

Stephan Reiche, Gründungsmitglied der SDP, hat am Montag an einer Sitzung der bundesdeutschen SPD teilgenommen. Er betonte dabei, daß seine Partei dem demokratischen Sozialismus in der DDR zum Durchbruch verhelfen wolle. Dafür müsse das Monopol der Sozialistischen Einheitspartei gebrochen werden. Die SDP verzeichne in der DDR einen schnellen Mitgliederzuwuchs. Der SPD-Vorsitzende Vogel sicherte der "Bruderpartei" Solidarität und Unterstützung zu.

In einem Interview für die BRD Fernsehsendung Monitor sagte der Berlin-Brandenburger Bischof Forck am Dienstag: Die Evangelische Kirche hat an die SED die Forderung, daß auch ihre Führungsrolle von den Bürgern angefragt werden kann und daß zum Beispiel bei der nächsten Wahl, die stattfinden wird, auch andere Parteien, nicht nur die im "Nationalen Block" zusammengefaßten, Vertreter benennen können, die für bestimmte Funktionen zur Verfügung stehen, sodaß der Bürger sich endlich alternativ entscheiden kann, wen er in einer Funktion haben will und wen nicht. Damit setzt sich die SED dem Risiko aus, daß sie vielleicht in manchen Positionen nicht mehr sein wird, vielleicht sogar ihren Führungsanspruch

10
aufgeben muß. Dem muß sie sich aussetzen, wenn sie wirklich will, daß die Bürger das Recht haben sollen, selber zu entscheiden, was sie wollen."

Die in einer Versammlung Theaterschaffender im Deutschen Theater für den 4. Oktober angekündigte Demonstration Berliner Künstler wurde verschoben und dann doch wieder für den 4. Oktober genehmigt. Nachdem statt der Theaterschaffenden das Neue Forum für den 4. Oktober zur Demonstration aufgerufen hatte, gelang es den Künstlern die Polizei vom ursprünglichen Termin zu überzeugen. Treffpunkt ist am 4. Oktober um 10.00 Uhr am ADN-Gebäude. Die Demonstration ist von 10.00 bis 14.30 Uhr genehmigt. Die Abschlußkundgebung ist auf dem Alexanderplatz. Der genaue Veranstaltungsort ist uns zur Stunde nicht bekannt. Bleiben wird es wohl auch dabei, daß die Sprecherin des Neuen Forum den Liedermacher Wolf Biermann zum 4. Oktober eingeladen hat. Ein Kommentator des DDR-Fernsehen meinte in diesem Zusammenhang, daß nach Biermanns Äußerungen im Westfernsehen am Dienstag nach seiner, des Kommentators Meinung, Biermann nicht ins Land hereingelassen werden dürfe. Die "Meinung" wurde im "Neuen Deutschland" wiederholt.

Am Mittwoch kam es in Berlin zu einer weiteren Demonstration von bis zu 3.000 Personen von der Gethsemanekirche zur Marienkirche.

Am Donnerstag kamen auf Einladung der Stadtverordnetenversammlung in eine Sporthalle 4.000 Bürger. Selbst in den kurzen Ausschnitten des DDR-Fernsehens wurde die ungeduldige Stimmung klar. Die Zeit des Redens, meinten Bürger, sei vorbei, es müsse endlich gehandelt werden. In Dresden gab es neben einer zentralen Versammlung mit Oberbürgermeister Berghofer und SED-Bezirkschef Modrow über 200 weitere öffentliche Versammlungen. Mit aller Schärfe wurden von Dresdnern die Manipulationen bei den Kommunalwahlen und Übergriffe der Polizei bei den Demonstrationen verurteilt. Berghofer kommentierte, die Bürger verlangten Antworten, viele seien ungeduldig und unzufrieden. Die Demonstrationen hätten leider noch kein Ende gefunden. Man stelle sich der Situation, halte aber Demonstrationen für keine geeignete Form, zu substantiellen Antworten zu kommen.

Kritik an der Rechtsordnung haben, wie ADN berichtete, die Rechtsanwaltskollegien der DDR geübt. Die Situation der Rechtspflege sei sehr ernst. Bei den Bürgerrechten gäbe es Mängel. Die Unabhängigkeit der Richter sei in Einzelfällen verletzt worden. Beim Strafrecht müßten besonders die Artikel "Staatsverbrechen" und "Straftaten gegen die öffentliche Ordnung" überarbeitet werden. Die Anwälte schlagen vor, die Befugnisse der Polizei klarer zu formulieren.

Bei einer außerordentlichen Tagung der Akademie der Künste wurde am Donnerstag ein Bericht zur Lage der DDR gegeben und ein Forderungskatalog aufgestellt. Das Papier steht unter dem Motto "Umgestaltung an Kopf und Gliedern". Es wurden zwei Sofortforderungen aufgestellt. 1. Rehabilitierung des Chefs des Aufbau-Verlags, Janka, der in den fünfziger Jahren im Zuge politischer Säuberungen zu langjähriger Haft verurteilt wurde. Weiterhin sollen alle Bücher, die er in den folgenden Jahren im Westen geschrieben hat, in der DDR veröffentlicht werden. 2. Die Schüler der Carl von Ossietzky-EOS, die im vorigen Jahr wegen freier Meinungsäußerung aus der Schule ausgeschlossen wurden, sollen rehabilitiert werden.

Erklärung von Mitarbeitern der Antifa-Gruppe der Kirche von Unten zur geplanten Demonstration am 4.11.89

Bei den in den letzten Tagen und Wochen durchgeführten unabhängigen Demos mündiger und reformorientierter Menschen wurden immer wieder Nationalisten gesichtet, die sich einzeln oder in Gruppen den Protestzügen anschlossen. Vereinzelt wurde ihrerseits versucht, mit Deutschland-Rufen oder ähnlichem den Sprechchören und damit den Inhalten der Demos ein anderes, ihnen genehme nationalistische Prägung zu geben.

Dies gelang ihnen zum Glück nicht. Jedoch steuern derartige Versuche den demokratischen Reformbestrebungen entgegen und schaden ihnen. Hinzu kommt, daß derartige Erscheinungen ein gefundenes Fressen für den Revolverjournalismus der DDR-Medien sind, sowie Rechtfertigungsargumente für die Übergriffe der Staatsorgane liefern. Die Antifa-Gruppe der Kirche von Unten wird deshalb an der Demo am 4.11.89 teilnehmen und dort einen geschlossenen antifaschistischen Block bilden. Wir werden diesen Block mit eigenen Inhalten plakativ dokumentieren, uns jedoch voll mit dem Anspruch der Demo sowie den Inhalten der Initiatoren solidarisieren.

Wir rufen zu folgendem auf:

1. An alle antifaschistisch gesonnenen Menschen:

Schließt euch unserem antifaschistischen Block mit eigenen Transparenten an.

2. An alle für demokratische Reformen Eintretenden Menschen:

Laßt nicht zu, daß nationalistisch/neofaschistische Gruppierungen Eure Inhalte kaputt und die

Demo zu ihrer machen. Bringt nationalistische und faschistische Schreihälse zum Schweigen.

Status quo ante

oder: die Ziege im Haus erspart Reformen

Ein jüdischer Witz erzählt von einem armen Mann, der zum Rabbi kommt und sich darüber beschwert, daß es in seiner Hütte viel zu eng ist. Der Rabbi rät ihm, die Ziege mit in die Hütte zu nehmen. Nach ein paar Tagen kommt der Mann wieder und beschwert sich. "Jetzt läßt es sich gar nicht mehr in der Hütte aushalten." Da rät ihm der Rabbi, die Ziege wieder nach draußen zu sperren. "Tatsächlich", berichtet nach einigen Tagen erfreut der Mann, "jetzt ist es nicht mehr so eng."

Die DDR-Regierung hat geruht, den seit 3. Oktober "zeitweilig ausgesetzten visafreien Verkehr" ab 1. November wieder herzustellen. Es ist wieder möglich, in die CSSR mit einem gültigen Personal- ausweis einzureisen, na also. Bleibt nur die Frage, wieviel Personen immer noch oder jetzt, z.B. weil sie zuviel demonstriert haben, für diesen "visafreien Verkehr" gesperrt sind. Vielleicht hat ja z.B. Egon Krenz demnächst nachts einen schlechten Traum und die DDR-Regierung läßt wieder die Grenzen sperren? Aber die Regierung zeigte auch besten Willen, indem sie diejenigen, die sie während der Demonstrationen um den 7. Oktober eingesperrt hat, wieder freilassen will. Immerhin bleibt es erfreulich, daß unsere Machthaber in letzter Zeit so gute Laune haben.

Das beste zuletzt: Die Presseabteilung des Innenministeriums wies darauf hin, daß DDR-Bürger, die sich weiterhin mit dem Gedanken tragen, ihr Land zu verlassen, obwohl jeder hier gebraucht wird, bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten einen Antrag stellen können. Diese Anträge werden kurzfristig entschieden. Das Republikfluchtgesetz (wurde versprochen) wird auch modifiziert.

Die DDR-Regierung setzt offenbar in die Bürger wieder Vertrauen. Bleibt zu hoffen, daß die Bürger dieses Vertrauen rechtfertigen und die Regierung nicht enttäuschen. Sonst wird sie wieder böse!

Rede des Dresdner Superintendenten Christoph Ziener vor der Stadtverordnetenversammlung Dresden am 25.10.1989

Werte Anwesende!

Es war nicht leicht, von oben nach unten, immer hin- und her geschickt zu werden, um bis hierher zu kommen. Es ist für mich auch überhaupt nicht selbstverständlich, zu ihnen hier zu sprechen. Ich habe nach der Kommunalwahl am 7. Mai Einspruch gegen das Wahlergebnis hier in der Stadt Dresden erhoben. Dieser Einspruch ist bis heute nicht geklärt. Darum ist ihre Legitimation als Abgeordnete für mich weiterhin fragwürdig. Wenn ich mich dennoch an Sie wende, dann tue ich es, weil Sie faktisch die Verantwortung übernehmen. Ich tue es als Christ und habe deshalb gebeten, hier sprechen zu können, weil es Dinge gibt, die mich in besonderer Weise in diesem Prozeß bewegen. Und zwar zwei Anliegen möchte ich vortragen. Das erste:

Ich übergebe heute dem Oberbürgermeister im Auftrag des Evangelisch Lutherischen Landeskirchenamtes Sachsen und auch im Einvernehmen und Auftrag der Gruppe der 20 die vom Jugendpfarramt der Dresdener Kirchenbezirke zusammengestellten 170 Erlebnisberichte Betroffener zu Übergriffen und Gewaltanwendung durch die Sicherheitsorgane gegenüber friedlichen Demonstranten und anderen Bürgern in der Zeit vom 3. bis zum 8. Oktober. Von den 170 Berichten sind lediglich 8 anonym. Es sind hinzugefügt zwei weitere Bereitschaftserklärungen zu Zeugenaussagen. Es liegen dem Stadtjugendpfarramt weitere 60 Berichte vor, deren Freigabe bis jetzt noch nicht geklärt werden konnte. Die Berichte befinden sich in diesen drei Mappen. Es ist ein erschütterndes, erschreckendes Dokument. Die Berichte machen bestürzend deutlich, daß elementare Rechtsgrundsätze verletzt worden sind und Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden erlitten haben, und zwar durch einen, allem Anschein nach, planmäßigen und aggressiven und undifferenzierten und rücksichtslosen

Einsatz von Polizei- und Sicherheitskräften mit Gummischnüppeln, Schilden, Hundestaffeln und anderen, durch willkürliche Zuführung und brutale entwürdigende Behandlung auf Mannschaftswagen, in Kasernen und Haftanstalten, durch Verweigerung ärztlicher Behandlung, durch provozierende und menschenunwürdige Beschimpfungen, durch Bedrohung oder auch Mißhandlung mit dem Ziel der Erpressung von Geständnissen oder unterschriebene Einwilligungen in sogenannte "Erklärungen".

Die Kirchen und die Gruppe der 20 halten es daher für unbedingt erforderlich, daß die Stadtverordnetenversammlung eine unabhängige Untersuchungskommission einsetzt, die mit allen nötigen Vollmachten ausgerüstet ist, die massiven Übergriffe gegen Bürger zu untersuchen und die Öffentlichkeit fortlaufend und umfassend über alle Ergebnisse der Untersuchung zu unterrichten. Diese Kommission sollte bestehen aus Vertretern der Rechtsausschüsse der Stadtverordnetenversammlung, des Bezirkstages und der Volkskammer, aus Vertretern der Gruppe der 20, aus bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Dresden sowie Vertretern der Kirchen unserer Stadt. Eine erste Vorschlagsliste mit Namen für diese Untersuchungskommission übergebe ich Ihnen im Namen der Gruppe der 20. Aufgabe dieser unabhängigen Untersuchungskommission muß es sein - ich zitiere aus einem Brief der Landessynode, der jetzt zu dieser Stunde frei ist -, Leitung und Umfang und Hergang des Einsatzes der Sicherheitskräfte im angegebenen Zeitraum zu untersuchen und aufzuklären. Straftaten der Polizei und der Sicherheitskräfte und Untersuchungsorgane und des Personals der Haftanstalten festzustellen und ihre Verfolgung zu veranlassen. Rechenschaft von den Einsatzleitern über Einsatzkonzept, Anweisungen und Befehle zu verlangen und auf Konsequenzen zu drängen. Es stellt

sich zum Beispiel die Frage: Wie sind die Sicherheitskräfte auf diese Einsätze vorbereitet worden. Fälle der Befehlsverweigerung durch Angehörige der Polizei- und Sicherheitskräfte in Zusammenhang mit den Einsätzen festzustellen und sich um die Einstellung disziplinarischer und gerichtlicher Verfahren zu bemühen, umfassende Unterstützung der Opfer zu veranlassen, dh. heißt auch ihre rechtliche Beratung, ihre vollständige finanzielle Entschädigung, ihre medizinische Betreuung und vor allem ihre juristische Rehabilitierung in der Öffentlichkeit, das betrifft unter anderem auch die Löschung der ermittlungsdienstlichen Erfassung und die Feststellung der Rechtsunwirksamkeit aller schriftlichen Erklärungen. Es muß darüber hinaus untersucht werden, welche Ursachen zu Gewaltanwendung durch Demonstranten geführt haben. Dazu ist eine lückenlose Aufklärung über die Vorgänge am 3. und 4. Oktober notwendig. Deshalb ist es unbedingt wichtig, daß die abgeschlossenen Verfahren neu aufgenommen werden unter dem Gesichtspunkt der sich jetzt zeigenden erpreßten Geständnisse. Ich zitiere ein Beispiel aus dem Gedächtnisprotokoll, den Bericht von Ronald Gönnert:

"Ich wurde weggeworfen und beim Verhör nochmals gegen den Schrank geworfen. Dann nahm ein Mann die Kragenecken meiner Jacke über Kreuz und würgte mich. Er sagte: "Sagen Sie das, was wir wollen." Ich nickte und er ließ mich los. Er sagte, er würde in 15 Minuten wiederkommen und wenn ich dann nicht ausgesagt hätte, würde er mich totschiessen. Dann ging das Verhör los. Dabei mußte ich auf die Knie. Ich wurde gefragt, was ich auf der Prager Straße und dem Bahnhof wollte. Immer, wenn ich kurz stockte, drohte mir der Mann mit: "Gönnert, ich schlag dich tot!" Genau so sagte er es. Die Frage, ob ich denn keine Aufforderung der Organe gehört habe, daß das Gelände von Unbeteiligten zu räumen ist, konnte ich nur mit 'Nein' beantworten. Ich hatte doch so etwas nicht gehört. Er sagte, er würde mich totschiessen, wenn ich nicht sage, daß ich es gehört hätte. Als ich bei meiner Aussage blieb, ging er zu Tür, rief nach einem Knüttel und schlug mich damit auf den Rücken. Ich kniete immer noch. Vor Angst sagte ich dann, daß ich es einmal gehört hätte. Er schrieb das in das Protokoll und ich mußte unterschreiben."

Es ist eines von vielen. Wenn wir aus diesen drei Mappen weiterlesen würden, würden Sie möglicherweise auch nicht mehr so gut schlafen können. Es muß, denke ich, auch untersucht werden, in welcher Weise die Staatsanwaltschaft bei Bekanntwerden von Gesetzesverstößen ihrer gesetzlichen Pflicht gerecht geworden ist. Eine Untersuchung der Einzelfälle wird dem Ausmaß des angerichteten Schadens nicht gerecht. Deswegen reicht es nicht, einzelne Fälle der Staatsanwaltschaft zur Überprüfung zu übergeben, was natürlich notwendig und sinnvoll ist. Aber es ist, darüber hinausgehend, notwendig, daß der gesamte Komplex in einer unabhängigen Untersuchungskommission überprüft wird.

2. Etwas zu den Bedingungen des Dialogs. Es hat ein Dialog begonnen. Der Dialog, der jetzt begonnen hat, muß dafür bewahrt bleiben, zum Alibi zu werden für die nötigen Veränderungen. Beim

Propheten Jeremia steht das Wort "Friede, Friede, Friede und ist doch kein Friede. Sie heilen den Schaden meines Volkes obenhin." Was nötig ist, ist eine tiefe Erneuerung:

1. Eine Erneuerung wird nicht gehen, ohne daß es zur Erkenntnis und zum Aussprechen von Schuld und Fehlern kommt. Wir fangen nicht beim Nullpunkt an. Erneuerung ist ein tiefer, schmerzhafter Prozeß und er wird nur glaubwürdig werden, wenn wir Verantwortung auch für Fehlverhalten, für falsche Entwicklungen übernehmen, wenn das deutlich wird. Jeder von ihnen steht vor der Herausforderung, jetzt auch für sich selbst die Veränderung zu vollziehen. Und das heißt, die Last des Vergangenen aufzuarbeiten, damit es nicht den Weg nach vorn blockiert.
2. Wir müssen die eigene Tiefe und ihre Abgründigkeit wahrnehmen. Die Berichte, die ich Ihnen heute übergeben lassen mich fassungslos davor werden, daß der fürchterlichste Teil der deutschen Geschichte wieder gegenwärtig war, eine Geschichte, die offiziell ein für allemal für überwunden erklärt worden ist.
3. Das, was Menschen Angst macht, auch in unserem Land, auch in dieser Stadt, muß kontrollierbar, durchschaubar und überprüfbar werden. Das schließt die Kontrolle der Sicherheitsorgane, einschließlich der Staatssicherheit ein. Was sofort geschehen kann, ist, daß alle Versuche, nachträglich Bestrafung und Reglementierung vorzunehmen eingestellt werden. Gestern ist uns bekannt geworden, daß ein Schüler von einem Direktor einer Oberschule wegen Teilnahme an Demonstrationen strafversetzt worden ist aus der Schule....(Unruhe)... Die konkreten Angaben können wir nachreichen. Ich habe den Namen jetzt nicht hier.
4. Für den Dialog wird es wichtig sein, daß die Ungleichheit im Dialog zwischen dem Volk einerseits und der Partei und der Regierung andererseits überwunden wird. Es ist, glaube ich, die Situation der Gruppe der 20 darum schwierig, weil sie ein ungleichgewichtiger Partner ist. Auf der einen Seite steht doch auch in dem Dialog der Apparat des Staates und der Partei zur Verfügung mit allen Möglichkeiten der Initiative und der Organisation und auf der anderen Seite eine Gruppe von Vertretern der Bürgerinteressen, die sich noch gar nicht organisieren konnten und gar keine Arbeitsmöglichkeiten haben. Das ist eine Bütte: Der Dialog ist in Gefahr, wenn im Dialog das Machtgefälle direkt oder indirekt wirksam wird. Die Gruppe wird durch das Gewicht und die Macht der staatlichen Strukturen, auch wenn man das nicht wollte, leicht überfahren. Es reicht nicht, wenn Bürger ihre Meinung sagen dürfen. Bürger müssen die Chance haben, ihre Anliegen in unabhängigen und selbstständigen Vereinigungen zu vertreten und zu verwirklichen. Die Anerkennung der Gruppe der 20 als Bürgervertretung ist für mich ein Testfall dafür, ob der Dialog ernst gemeint ist, ob die Mitverantwortung der Bürger wirklich gewollt wird.

Ich danke Ihnen.

Nach wie vor sucht die Umwelt-Bibliothek wegen gewachsenen Ansprüchen an Auflagen gebrauchte oder neue Druckmaschinen, möglichst Offset. Anfragen werden vertraulich behandelt. Finanzieller Ausgleich ist selbstverständlich - im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Notwendiger Nachtrag

Nun müssen wir doch die Seite 13 machen, die wir vermeiden wollten, nicht weil wir glauben, daß 13 eine Unglückszahl ist, sondern weil das Blatt lesbar sein soll. Es zeigt sich aber, daß wir mit unseren veralteten Druckmaschinen einfach nicht so schnell den Ereignissen hinterherkommen, wie sie fallen.

Heute war also das Gespräch, zu dem SED-Politiker die Bevölkerung in verschiedenen Städten und auf dem Berliner Alexanderplatz eingeladen hatte. Und, wie es scheint, stellen sich die Politbürokraten dem Gespräch in einer Weise, wie das auch in Westeuropa selten geschehen ist. Es wurde erstmals zugegeben, daß die "existierenden Formen und Foren" nicht ausreichen. Der Berliner Polizeichef entschuldigte sich öffentlich für die Übergriffe seiner Mannen. Es wurde für Berlin eine unabhängige Untersuchungskommission angekündigt. Schabowsky sprach sich für Demonstrationsfreiheit aus. Die Aktuelle Kamera kündigte eine objektive Berichterstattung unter öffentlicher Kontrolle und an Stelle des Schwarzen Kanals von Karl Eduard von Schnitzler (ohne diesen zu benennen) eine Auslandsnachrichtensendung an. Aus Halle war zu hören, daß die in diesem "telegraph" vorangekündigte "Gegendemonstration" unter dem Motto "Rote Fahnen gegen weiße Kerzen" nicht stattfinden wird. Der Berliner Parteichef Schabowski sagte darüber hinaus in einem Gespräch mit dem Neuen Forum zu, daß solche "Gegendemonstrationen" aus der staatlichen Personaldecke nicht mehr stattfinden werden.

Das sind erstaunliche Töne, die niemand ungern hört. Es sind Versprechen, so weitgehend, daß Optimismus am Platze sein könnte, sogar hinsichtlich dessen, daß die SED ihren Anspruch als führende Partei eine Weile noch real aufrechterhalten kann. Aber es sind Versprechen, die von der jeweiligen Laune der DDR-Oberen abhängig sind (von denen wir erst vor kurzer Zeit Drohungen mit Massakern wie in China gehört haben) und diese Laune ist eben von dem Druck abhängig, den sie im Moment von unten, aus der Bevölkerung bekommen.

Es kann nicht um Amnestierung der politisch Angeklagten und Verhafteten gehen, sondern es müssen pauschal sämtliche politische Verfahren eingestellt werden, als erstes Zeichen einer Reformierung eines Strafrechts, das Handwerkszeug jeglicher Willkür des Staates war. Es muß eine wirklich unabhängige, nämlich aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammengestellte Untersuchungskommission geben. Die Staatssicherheits- und Polizeiorgane gehören unter strenge öffentliche Kontrolle. Es kann nicht um eine zeitweilige Zulassung aller Demonstrationen gehen, sondern die Freiheit der Versammlung, Rede und Presse muß durch entsprechende verfassungs- und strafrechtliche Bestimmungen abgesichert werden. Es muß eine unabhängige Presse geben und die öffentlichen Druckereien müssen ihr ohne Zensurmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Zulassung der "neuen Formen und Foren" darf keine über Nacht aufhebbare Gnade sein, sondern muß rechtlich verankert werden. Wir müssen ein Selbstbestimmungssystem im Lande schaffen, das diesen Namen verdient. Ob Wahlsystem im bürgerlichen Sinne oder Basisdemokratie, das muß durch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion von Parteien, Gruppen und Bevölkerung entschieden werden. Wir brauchen auch darüber hinaus eine öffentliche Diskussion über Lage der Wirtschaft, der Umwelt, der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Guter Wille seitens der SED ist ja nicht schlecht, wir brauchen aber keine Versprechungen, sondern Garantien. Garantien für die Stabilisierung und Weiterführung der Reform kann die Bevölkerung im Moment nur schaffen, indem sie auf der Straße bleibt und mit stetem Mißtrauen die Erfüllung schöner Versprechen verlangt.

Auf Verlangen von Lesern teilen wir die Mitglieder der Redaktion des "telegraph" mit:

Peter Grimm

Wolfgang Rüdtenklau

Tom Sello

Mit der Offenlegung der Redaktion stellen wir uns unter den Schutz der Öffentlichkeit. Mit dem nächsten "telegraph" beginnend, wird jeder Artikel gezeichnet werden.